

02.06.2023

Niederschrift 002/2023

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie

am 23.05.2023 | C.002-C.003 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 16:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jürgen Kerl

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Herr Martin Wiggermann

Vertretung für Herrn Rainer Goepfert

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Susanne Melchert

Herr Gerhard Meyer

Frau Vera Volkmann

Vertretung für Frau Ursula Schmidt

Vertretung für Herrn Hubert Hüppe

Sachkundige Bürger/innen CDU

Frau Elke Wegner

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Patricia Esther Morgenthal

Sachkundige Bürger/innen Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Hans-Joachim Nadolski-Voigt

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE - UWG-Selm

Herr Timo Putzer

Sachkundige Bürger/innen GFL + WfU

Herr Kunibert Kampmann

Anwesend ab 16:10 Uhr

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat III

Frau Sengül Ersan, Leitung FB 35 – Zuwanderung und Integration
Herr Matthias Möbs, Sachgebietsleitung 50.1 - Grundsatzangelegenheiten und Soziale Sicherung
Frau Marianne Oldenburg, Geschäftsführung Jobcenter Kreis Unna
Frau Annika Schönfeld, Schriftführung | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Goepfert

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Hubert Hüppe

Frau Ursula Schmidt

Kreistagsmitglieder Gruppe N.N.

Frau Daniela Heil

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Ralf Piekenbrock

Frau Chur begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 11.05.2023 versandt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugeworfen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Fragestunde für Einwohner*innen
Punkt 2	099/23	Tätigkeitsbericht 2021 2022 der WTG-Behörde des Kreises Unna (Heimaufsicht)
Punkt 3	100/23	SozialTicket im Kreis Unna; Sachstandsbericht der Verwaltung
Punkt 4	101/23	Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut; Umsetzung im Kreis Unna
Punkt 5	068/23	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe und Planung und Steuerung der psychosozialen und behindertengerechten Infrastruktur
Punkt 6	102/23	WOS - Kennzahlenbericht FB 50 für 2022
Punkt 7	082/23	Kommunales Integrationsmanagement: Zweite Änderung des Weiterleitungsvertrages BS I und II
Punkt 8		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- Punkt 8.1** Änderungen in der Organisation der Kreisverwaltung
- Punkt 8.2** Sachstand Bundesprogramm Akti(F) Plus
- Punkt 8.3** Sachstand Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Kreis Unna
- Punkt 8.4** Kosten für Unterkunft und Heizung - SGB II und SGB XII

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 9.1** Information über personelle Veränderungen im FB 50

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 099/23 Tätigkeitsbericht 2021 | 2022 der WTG-Behörde des Kreises Unna (Heimaufsicht)

Erörterung

Nach einleitenden Worten durch Frau Chur weist Herr Göpfert darauf hin, dass auf der Seite 3 der vorliegenden Drucksache eine redaktionelle Änderung vorgenommen wurde, da die dortigen Abbildungen aufgrund eines Formatierungsfehlers bisher nicht abgebildet waren.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage von Herrn Meyer teilt Herr Göpfert mit, dass die Ombudsperson für drei Jahre durch den Kreisausschuss bestellt werde. Zum 01.04.2024 müsse eine neue Bestellung der Ombudsperson durch den Kreisausschuss erfolgen. Aufgrund dessen werde sich die Kreisverwaltung zum Ende des Jahres, auch mit Herrn Zimmerung, hinsichtlich der Ausgestaltung der Ombudsstelle beraten. Sodann würde ein entsprechender Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss (in 2024) gefertigt.

Der Tätigkeitsbericht 2021 | 2022 der WTG-Behörde des Kreises Unna (Heimaufsicht) (DS 099/23) wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 100/23 SozialTicket im Kreis Unna; Sachstandsbericht der Verwaltung

Erörterung

Nach kurzen Erläuterungen zu der vorliegenden Drucksache, durch Herrn Göpfert, wird die Drucksache 100/23 zur Kenntnis genommen.

Erörterung

Herr Göpfert führt hinsichtlich des aktuellen Stands der Umsetzung des Stärkungspakt NRW aus, dass die entsprechende FAQ-Liste des zuständigen Ministeriums weiterhin nicht überarbeitet und modifiziert worden sei. Darüber hinaus habe die Kreisverwaltung bis zum heutigen Tage keine Rückmeldung eines sozialen Leistungsträger für der Inanspruchnahme der vorhandenen Mittel erhalten. Aufgrund dessen überlege die Kreisverwaltung den Kreisanteil in Höhe von 618.000 Euro im Rahmen des Sozialtickets einzusetzen und dieses für den Endkunden über einen gewissen Zeitraum somit zusätzlich zu subventionieren. Diesbezüglich habe es bereits Gespräche mit der VKU gegeben, welche ihre Zustimmung signalisiert habe. Um die Idee dem Kreistag endgültig vorschlagen zu können, bedarf es jedoch einer entsprechenden Stellungnahme des zuständigen Ministeriums, ob dieses Vorhaben rechtssicher im Sinne der entsprechenden Förderrichtlinie sei. Der Landesrechnungshof könne – sofern er im Nachgang feststelle, dass das Vorhaben nicht rechtskonform sei – die Mittel zurückfordern. Auch wenn die Auskunft des Ministeriums keine Garantie dafür sei, die Mittel nicht zurückzahlen zu müssen, wolle man dem Kreistag keinen Beschlussvorschlag ohne die Stellungnahme des Ministeriums vorlegen. Die Verwaltung hoffe, dem Kreistag in der kommenden Sitzung den entsprechenden Vorschlag zur Verwendung der Mittel mit einer Drucksache unterbreiten zu können.

Frau Lutz-Kunz teilt für die SPD-Fraktion mit, dass dieses Förderprogramm ein gutes Beispiel, dafür sei, dass ein Förderprogramm gut gemeint, aber schlecht gemacht sei. Aufgrund der strikten Förderrichtlinie und des engen Zeitrahmens halte es die beteiligten Kommunen davon ab, Mittel abzurufen. Insbesondere da die Gefahr bestünde, diese zurückzahlen zu müssen. Die SPD-Fraktion freue sich, dass die Verwaltung das Sozialticket in das Förderprogramm inkludieren wolle, da damit eine große Zielgruppe (mit geringem Einkommen) getroffen würde.

Herr Meyer schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Frau Lutz-Kunz an. Auch die CDU-Fraktion sehe die zeitliche Enge in der man versuche, möglichst viele Personen auf die Wohltaten des Förderpotfes zugreifen zu lassen.

Herr Wette führt aus, dass bedacht werden müsse, dass die angedachte (zeitlich befristete) Subventionierung des Sozialtickets eine Diskussion über eine generelle Subventionierung des Tickets hervorrufen könne.

Herr Göpfert teilt bezugnehmend auf Herrn Wettes Ausführungen mit, dass eine gute Kommunikation im Vorhinein an dieser Stelle wichtig sei. Insbesondere müsse kommuniziert werden, dass das es sich um Mittel aus dem Stärkungspakt des Landes handle. Die Mittel kommen nicht aus dem kreiseigenen Haushalt. Darüber hinaus sei das Ziel des Stärkungspakt, Menschen mit geringem Einkommen in einer insgesamt schwierigen Zeit zu entlasten. Die Verwendung der Mittel zur befristeten Subventionierung des Sozialtickets sei hierfür eine niederschwellige Lösung. Selbstverständlich könne der Kreistag als Entscheidungsgremium auch ein anderes Finanzierungsmodell für das Sozialticket beschließen.

Erörterung

Nach erläuternden Worten durch Herrn Göpfert zu der vorliegenden Drucksache, betont Herr Kampmann, dass es wichtig sei alle Gruppe (insbesondere Vertreter*innen der Eingliederungshilfe) in die Entscheidungsprozesse der Schulen einzubinden. Es sei wichtig, die Schulen über die Möglichkeiten der Partizipation der Vertreter*innen dieser Gruppen (insbesondere im Rahmen der Schulkonferenzen) zu informieren. Dies sei wichtig, damit Pool-Lösungen gelingen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, die in der Anlage befindliche Kooperationsvereinbarung für die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe und Planung und Steuerung der psychosozialen und behindertengerechten Infrastruktur mit dem Landschaftsverband Westfalen- Lippe zu schließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 102/23 WOS - Kennzahlenbericht FB 50 für 2022

Erörterung

Herr Göpfert weist darauf hin, dass in der Anlage zu der vorliegenden Drucksache eine redaktionelle Änderung vorgenommen wurde. Die auf der Folie 12 dargestellten ersparten Aufwendungen in 2022 seien um 80.000 Euro höher, als zunächst angegeben.

Der WOS - Kennzahlenbericht (DS 102/23) wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 082/23 Kommunales Integrationsmanagement: Zweite Änderung des Weiterleitungsvertrages BS I und II

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 082/23 beigefügte zweite Änderung des **Weiterleitungsvertrages zur Umsetzung der Bausteine I und II des Förderprogrammes ‚Kommunales Integrationsmanagement (KIM)‘ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI; neu: MKJFGFI) vom 13.01.2022** zu unterzeichnen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 8.1 Änderungen in der Organisation der Kreisverwaltung

Herr Göpfert informiert die Anwesenden über die Änderungen in der Organisation der Kreisverwaltung zum 01.04.2023.

Punkt 8.2**Sachstand Bundesprogramm Akti(F) Plus**

Herr Göpfert teilt mit, dass die Werkstatt im Kreis Unna, wie in der vergangenen Sitzung des Kreistages angekündigt, eine Interessenbekundung für eine Förderung aus dem Bundesprogramm „Akti(F) Plus“ bei dem zuständigen Bundesministerium abgegeben habe. Die Werkstatt im Kreis Unna sei nun aufgefordert worden, einen formalen Antrag auf eine entsprechende Förderung zu stellen. Dies deute darauf hin, dass der Antrag der Werkstatt im Kreis Unna hohe Aussichten auf eine entsprechende Förderung habe. Wahrscheinlich könne bereits für den kommenden Sitzungslauf eine entsprechende Drucksache erstellt und die Thematik sodann beraten und der Weg für eine Beteiligung des Kreises Unna - unter der Voraussetzung der politischen Zustimmung - bereitet werden, so Herr Göpfert.

Punkt 8.3**Sachstand Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Kreis Unna**

Herr Göpfert teilt hinsichtlich des aktuellen Sachstandes des Berichts zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Kreis Unna mit, dass die Sozialdezernent*innenkonferenz ihre Unterstützung bekundet habe. In der Bürgermeister*innenkonferenz konnte die Thematik noch nicht beraten werden, jedoch habe die Thematik eine hohe Schnittmenge mit dem ESF Bundesprogramm und die Bürgermeister*innen hätten ihre Zustimmung zu diesem mit der Unterschrift auf dem entsprechenden „Letter of intent“ gegeben.

Punkt 8.4**Kosten für Unterkunft und Heizung - SGB II und SGB XII**

Herr Göpfert teilt mit, dass das schlüssige Konzept zur Ermittlung der angemessenen Miet- und KdU-Werte alle vier Jahre fortgeschrieben werden und hierfür eine Vollerhebung durchgeführt werden müsse. Diese Vollerhebung stehe in diesem Jahr an. Nach einer entsprechenden Ausschreibung sei die Firma Analyse & Konzepte aus Hamburg mit der Vollerhebung beauftragt worden und erhebe derzeit gemeinsam mit den Kommunen alle relevanten Daten. Den Ergebnisbericht der Firma erwarte man zum September dieses Jahres, sodass im letzten Quartal 2023 eine entsprechende Beratung und Beschlussfassung in den politischen Gremien erfolgen könne. Nach Absprache mit der Ausschussvorsitzenden seien darüber hinaus interfraktionelle Austausche geplant, um die Thematik im Vorherein umfassend erörtern zu können.

Anlagen

keine

gez. Annika Schönfeld
Schriftführerin

gez. Angelika Chur
Vorsitzende